

# Zivilprozessordnung: ZPO

Musielak / Voit

17., neubearbeitete Auflage 2020  
ISBN 978-3-8006-6099-5  
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

setzungen des § 29 Abs. 2 zu berücksichtigen (→ Rn. 38 ff.). Als gesetzliche Sonderregelungen kommen vor allem die §§ 374 Abs. 1, 604 Abs. 1, 697, 700 Abs. 1 S. 3, 811 Abs. 1, 1194 BGB, § 36 VVG, Art. 1 Nr. 5, Art. 2 Abs. 3, Art. 75 Nr. 4, Art. 76 Abs. 3 WG, Art. 1 Nr. 4, Art. 2 Abs. 2, 3 ScheckG in Betracht.

**c) Haupt- und Nebenleistungspflichten.** Im Hinblick auf vertragliche Nebenleistungspflichten normiert § 269 Abs. 3 BGB eine negative Auslegungsregel. Derzufolge kann aus der Vertragspflicht des Schuldners, die **Versendungskosten** zu tragen, nicht darauf geschlossen werden, dass der Bestimmungsort auch Leistungsort sei.<sup>82</sup> Soweit die Parteien des Vertrages keine Abrede darüber getroffen haben, sind Nebenpflichten regelmäßig am Ort der Hauptleistungspflicht zu erfüllen.<sup>83</sup> Das gilt insbesondere für Ansprüche auf **Auskunfts- und Rechnungslegung**,<sup>84</sup> eine Vertragsstrafeverpflichtung,<sup>85</sup> Aufklärungspflichten<sup>86</sup> oder ein Unterlassungsbegehren.<sup>87</sup> Ebenso bestimmt der Übergabeort der verkauften Sache den Ort, an dem vertraglich geschuldete Beratungen zu erbringen sind.<sup>88</sup> Wird **Schadensersatz** verlangt, ist auf die den Anspruch begründende Pflichtverletzung abzustellen, weil die Schadensersatzpflicht Surrogat für die ursprüngliche Verpflichtung ist;<sup>89</sup> soweit dies eine Nebenpflicht ist, bestimmt wiederum die entsprechende Hauptleistungspflicht den Erfüllungsort.<sup>90</sup> Im Rückgewährschuldverhältnis nach Rücktritt ist die Rückgabeverpflichtung maßgeblich. Dabei ist auf den Ort abzustellen, wo sich die zurückzugewährende Leistung im Zeitpunkt des Rücktritts vertragsgemäß befindet (sog. Austauschort).<sup>91</sup>

**d) Gemeinsamer Erfüllungsort für Leistung und Gegenleistung.** Zwar ist auch bei gegenseitigen Verträgen der Erfüllungsort für jede Verpflichtung gesondert zu bestimmen und nicht notwendig einheitlich (→ Rn. 14).<sup>92</sup> Bei **ortsbezogenen Verpflichtungen** folgt jedoch nach überwiegender Ansicht der Erfüllungsort der Gegenleistung dem der vertragscharakteristischen Leistung.<sup>93</sup> Zu Recht wird kritisch darauf aufmerksam gemacht, dass damit der Schutz des Gläubigers der Gegenleistung zu Gunsten der Entscheidung durch ein orts- und damit sachnahes Gericht vernachlässigt wird.<sup>94</sup> Auch wenn eine vertragscharakteristische Leistungspflicht besteht, lässt sich allein hieraus noch nicht herleiten, dass diese den Schwerpunkt des Vertrags bestimme. Das Grundprinzip des gegenseitigen Vertrags, welches – entsprechend den Vorstellungen der Vertragsparteien – von der Gleichwertigkeit der beiderseitigen Leistungen ausgeht, widerspricht der Begründung eines einheitlichen Erfüllungsortes nur anhand der einen Leistungspflicht.<sup>95</sup> Deshalb kann ein solcher Erfüllungsort nur ausnahmsweise zu Grunde gelegt werden, wenn besondere zusätzliche Umstände aus der Natur des Vertrages eine Auseinandersetzung an einem Vertragsgerichtsstand interessengerecht erscheinen lassen.<sup>96</sup> Insofern kommen etwa Barkäufe des täglichen Lebens (vgl. → Rn. 28 „Kaufverträge“),<sup>97</sup> Bauwerksverträge (vgl. → Rn. 36 „Werkverträge“)<sup>98</sup> oder aber Arbeitsverträge (vgl. → Rn. 20)<sup>99</sup> in Betracht. So ist erstgenannten Verträgen die Charakteristik eigen, sofort erledigt zu werden, bei Bauwerksverträgen erfolgt eine ortsgebundene Errichtung des Werkes und eine dortige Abnahme seitens des Bestellers und bei Arbeitsverträgen ist am Ort der Erbringung der Arbeitsleistung auch eine besondere Fürsorgepflicht seitens des Arbeitgebers begründet.<sup>100</sup>

**2. Natur des Schuldverhältnisses.** Soweit keine gesetzlichen Sonderregelungen (vgl. → Rn. 15) oder eine Parteivereinbarung eingreifen, ist der Erfüllungsort den vertraglichen Umständen zu entnehmen. Dabei ist gemäß § 269 Abs. 1 BGB insbesondere auf die Natur des Schuldverhältnisses abzustellen und unter Kaufleuten sind etwa bestehende Handelsbräuche zu berücksichtigen, § 346 HGB.<sup>101</sup>

**3. Auslegungsregel des § 269 Abs. 1, 2 BGB.** Nur soweit keine Bestimmung über den Erfüllungsort getroffen ist und dieser sich nicht aus den Umständen ergibt, hat die Leistung an dem Ort zu erfolgen, an welchem der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz hatte, § 269 Abs. 1 BGB. Damit kommt subsidiär der Wohnsitz nach §§ 7 ff. BGB, bei einer Gesellschaft deren Sitz (→ § 17 Rn. 7 ff.)<sup>102</sup> und bei einer im Gewerbebetrieb des Schuldners entstandenen Verbindlichkeit der Ort der Niederlassung (§ 269 Abs. 2 BGB) zum Tragen. Gemäß § 269 Abs. 1 BGB ist der Zeitpunkt der

<sup>82</sup> Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 39.

<sup>83</sup> RGZ 70, 199; OLG München OLGR 2009, 332; Fricke VersR 1997, 404; BLAH/Hartmann Rn. 15; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403; diff. hierzu Fehrenbach ZZZP 2016, 295 (300 f.).

<sup>84</sup> BGH NJW 2002, 2703 (Depotvertrag); OLG Düsseldorf NJW 1974, 2185; LG Offenburg ZIP 1988, 1562 (1563).

<sup>85</sup> RGZ 69, 12; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403.

<sup>86</sup> OLG München OLGR 2009, 332.

<sup>87</sup> OLG Dresden OLG-NL 2002, 210.

<sup>88</sup> OLG Celle RIW 1985, 571 (575).

<sup>89</sup> RGZ 55, 423; BGHZ 134, 201 (205) (zu Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ); BayObLG MDR 1998, 737; NJW 2002, 2888; OLG Schleswig OLGR 2005, 630; 2005, 631; OLG Frankfurt a. M. OLGR 2005, 568; Musielak/Voit GK ZPO Rn. 93.

<sup>90</sup> OLG München OLGR 2009, 332.

<sup>91</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 21; RGZ 155, 105 (111); BGHZ 87, 105 (109 f.); OLG Bremen OLGR 2003, 99; KG (2 AR 9/16) BeckRS 2016, 06514; siehe auch LG München I (31 O 4974/16) BeckRS 2016, 09837.

<sup>92</sup> BGH NJW 2004, 54 = BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15.

<sup>93</sup> BGH NJW 1996, 1411 (1412); Stein/Jonas/Roth Rn. 44; MüKoZPO/Patzina Rn. 25; Zöller/Schultzky Rn. 24 f.; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 19 ff.; Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 13; ausf. Staudinger/Artz NJW 2011, 3121; abl. Einsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662); Schmidt MDR 1993, 410; Prechtel NJW 1999, 3617 (3618); Siemon MDR 2002, 366.

<sup>94</sup> Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 40; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.; vgl. auch Prechtel BGHReport 2004, 183.

<sup>95</sup> Einsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662 f.); Schmidt MDR 93, 410; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174 (2175); LG Mainz NJW 2003, 1612; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.

<sup>96</sup> BGH BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15; vgl. Stöber NJW 2006, 2661 (2663); ders. AGS 2006, 413 (414).

<sup>97</sup> BGH MDR 2003, 402.

<sup>98</sup> BGH NJW 1986, 935.

<sup>99</sup> BAG NZA 2003, 339.

<sup>100</sup> BGH BB 2003, 2709; Prechtel MDR 2003, 667 (668).

<sup>101</sup> BGH NJW 1981, 2042 (2043); LG Waldshut-Tiengen RIW 1979, 784 (785).

<sup>102</sup> BayObLG ZIP 2002, 1998 (Sitz einer GbR).

Entstehung des Schuldverhältnisses maßgebend; ein späterer Wohnsitz- oder Niederlassungsortswechsel ist unbeachtlich.<sup>103</sup> Eine Ausnahme bildet insoweit die Vorschrift des § 36 VVG, welche für die Prämienzahlung auf den jeweiligen Wohnsitz bzw. Sitz der Niederlassung des Versicherungsnehmers abstellt.

#### 4. Einzelfälle

- 20 – **Anwaltsverträge.** Bei Klagen auf Zahlung des Anwaltshonorars ist in der Regel nicht auf den Ort des Kanzleisitzes, sondern auf den Wohnsitz des Beklagten zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses (§ 269 Abs. 1 BGB) abzustellen.<sup>104</sup> Angesichts der Wandlung des Berufsbildes des Rechtsanwalts, den Wegfall der Zulassungsbeschränkungen für die vor den Landgerichten geführten Verfahren, die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Natur des Anwaltsvertrages ist nicht mehr ein einheitlicher Erfüllungsort am Sitz der Kanzlei anzunehmen.<sup>105</sup> Damit liegt auch der Erfüllungsort für Ansprüche aus solchen Verträgen auf Zahlung des Honorars nicht am Ort der Kanzlei, sondern vielmehr ist Erfüllungsort für die Gebührenschuld als Geldschuld iSd § 270 BGB der Wohnsitz des Beklagten, soweit keine andere Bestimmung getroffen ist, § 269 Abs. 1 BGB.<sup>106</sup> Zudem ist durch den besonderen Wahlgerichtsstand des § 34 ZPO sichergestellt, dass für Gebührenklagen von Prozessbevollmächtigten die besondere Sachkunde des Gerichts des Hauptprozesses genutzt werden kann.<sup>107</sup> Im Hinblick auf Mandanten, die ihren (Wohn-)Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, ist jedoch Art. 7 Nr. 1 lit. b Alt. 2 EuGVVO zu berücksichtigen; maßgeblich ist idR der Kanzleisitz als einheitlicher Erfüllungsort.<sup>108</sup>
- **Arbeitsverträge.** Im Hinblick auf den Gerichtsstand des § 29 Abs. 1 ist bei Arbeitsverhältnissen idR von einem einheitlichen (gemeinsamen) Erfüllungsort auszugehen (→ Rn. 17).<sup>109</sup> Maßgebend ist der wirtschaftliche und technische Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses.<sup>110</sup> Abzustellen ist daher nicht auf den Unternehmenssitz,<sup>111</sup> sondern grundsätzlich auf den Beschäftigungsort, an dem der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung zu erbringen hat.<sup>112</sup> Dieser Gerichtsstand des Erfüllungsorts gilt für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis.<sup>113</sup> Auf die Frage, von wo aus das Arbeitsentgelt gezahlt wird und wo sich die Personalverwaltung befindet, kommt es regelmäßig nicht an. Lässt sich wegen wechselnder Einsatzorte ein Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses nicht bestimmen, ist der Ort entscheidend, an dem das Direktionsrecht durch Weisungserteilung ausgeübt wird,<sup>114</sup> regelmäßig handelt es sich dabei um den Betriebs-sitz.<sup>115</sup> Der Erfüllungsort für die Arbeitsleistung eines für die Bearbeitung in einem größeren fest bestimmten Bezirk reisenden Angestellten ist jedoch dessen Wohnsitz, wenn er von dort aus seine Reisetätigkeit ausübt. Dies gilt unabhängig davon, ob er täglich nach Hause zurückkehrt und in welchem Umfang er vom Betrieb Anweisungen für die Gestaltung seiner Reisetätigkeit erhält.<sup>116</sup> Bei fliegendem Personal (Piloten/innen und Flugbegleiter/innen) ist für den besonderen Gerichtsstand des Arbeitsortes regelmäßig gem. § 48 Abs. 1a S. 2 ArbGG an den vertraglich als „Heimbasis“ vereinbarten Flughafen anzuknüpfen.<sup>117</sup> Nach anderer Ansicht ist auch insofern auf den Ort abzustellen, von dem aus die Arbeitsleistungen tatsächlich gelenkt werden.<sup>118</sup> Die örtliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts richtet sich nicht nach dem Erfüllungsort des Arbeitsverhältnisses iSd § 29 Abs. 1, sondern nach dem Unternehmenssitz des beklagten Arbeitgebers gemäß § 17 Abs. 1, wenn sich der Arbeitnehmer bereits in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitverhältnisses nach dem Blockmodell befindet.<sup>119</sup>
- **Architektenverträge.** Zur Bestimmung des Erfüllungsortes ist darauf abzustellen, ob dem Architekten die umfassende Baubetreuung mit Folge der Überwachung und Kontrolle als ortsbezogenes Geschäft am Ort der Baustelle<sup>120</sup> anvertraut ist. In diesem Fall liegt der gemeinsame Erfüllungsort entsprechend den Grundsätzen beim Werkvertrag über ein Gebäude (→ Rn. 36) beim Bauwerk.<sup>121</sup> Ist der Architekt dagegen lediglich mit Aufgaben der Planung betraut, wird ein gemeinsamer Erfüllungsort für die Ver-

<sup>103</sup> BGH NJW 1988, 1914; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG München (34 AR 53/17) BeckRS 2017, 107903; OLG München BeckRS 2007, 11816 = MDR 2007, 1278 (1279); OLG Zweibrücken EWiR 1998, 912; OLG Stuttgart NJW 1987, 1076.

<sup>104</sup> BGH NJW 2004, 54; NJW-RR 2004, 932; BB 2003, 2709; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174; LG Frankfurt a. M. NJW 2001, 2640; OLG Frankfurt a. M. NJW 2001, 1583; AG Spandau NJW 2000, 1654; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802; Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. BGHReport 2004, 183; Balthasar JuS 2004, 571; Krügermayer-Kalthoff MDR 2004, 166; Schneider AnwBl 2004, 121; AG Potsdam NJW-RR 2003, 1080; LG Hanau MDR 2002, 1032; AG Hamburg-Bergedorf MDR 2002, 851; LG Ravensburg BRAK-Mitt. 2002, 99.

<sup>105</sup> Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. MDR 2003, 667 (668); ders. BGHReport 2004, 183; OLG Dresden NJW-RR 2002, 929; ausf. dazu Stöber AGS 2006, 413 (416).

<sup>106</sup> AA BGH NJW 1991, 3095; BayObLG NJW-RR 2001, 928; MDR 2003, 366; AnwBl 2003, 120; OLG Hamburg BRAK-Mitt. 2002, 44; OLG Köln NJW-RR 1997, 825; LG Magdeburg NJW-RR 2003, 130; LG Berlin MDR 2002, 1096; BLAH/Hartmann Rn. 18; krit. auch Scherf NJW 2004, 722.

<sup>107</sup> OLG Dresden NJW-RR 2002, 929.

<sup>108</sup> Neumann/Spangenberg BB 2004, 901; ausf. zu Art. 5 Nr. 1 EuGVVO Rauscher NJW 2010, 2251.

<sup>109</sup> BAG NZA 1994, 479; 1986, 366; EuGH EuZW 2003, 412; LAG Baden-Württemberg ArbuR 2005, 165.

<sup>110</sup> BAG NZA 1994, 479.

<sup>111</sup> LAG Nürnberg BB 1969, 1271; LG Braunschweig GRUR 1976, 585 (586 f.); Rewolle BB 1979, 170.

<sup>112</sup> BAG NZA 2005, 297 mAnm Franzen IPRax 2006, 221; 2003, 339; EzA § 36 Nr. 18; NJW 2002, 3196; BGH ZIP 1985, 157; LAG Baden-Württemberg ArbuR 2005, 165; ArbG Chemnitz NZA 1997, 1362; Tappermann NJW 1973, 2096.

<sup>113</sup> BAG NZA 2003, 339; BAGE 95, 372; NJW 1995, 2373 (Zeugniserteilung).

<sup>114</sup> LAG Mainz NZA 1985, 540; ArbG Pforzheim NZA 1994, 384.

<sup>115</sup> BGH ZIP 1985, 157.

<sup>116</sup> BAG NJW-RR 1988, 482; LAG Berlin-Brandenburg ArbRB 2009, 171; LAG Baden-Württemberg ArbuR 2005, 165; ArbG Bayreuth NZA 1993, 1055; Müller BB 2002, 1095; Schulz NZA 1995, 15.

<sup>117</sup> LAG München (1 SHa 22/18) BeckRS 2019, 890.

<sup>118</sup> ArbG Regensburg NZA 1995, 96; Ehler BB 1995, 1849; Ostrop/Zumkeller NZA 1994, 644; ArbG Bamberg NZA 1995, 96.

<sup>119</sup> ArbG Dortmund NZA 2002, 1359.

<sup>120</sup> OLG Stuttgart BauR 1977, 72 mAnm Locher; OLG Frankfurt a. M. MDR 1993, 683 (684).

<sup>121</sup> BGH NJW 2001, 1936 mzustAnm Wenner EWiR 2001, 625; OLG Hamm NJW-Spezial 2012, 205; LG Kaiserslautern IBR 2006, 369.

- tragsverpflichtungen am Ort des Bürositzes des beauftragten Architekten angenommen.<sup>122</sup> Nach richtiger Ansicht ist jedoch entsprechend dem Grundsatz der Bestimmung des Erfüllungsortes für jede Pflicht gesondert (→ Rn. 14) nach § 269 Abs. 1 BGB für die Planungsleistungen der Geschäftsitz des Architekten und für die Zahlungspflicht des Auftraggebers dessen Geschäfts- oder Wohnsitz maßgebend.<sup>123</sup> Kommt es entgegen der vertraglichen Vereinbarung nicht zur Errichtung des Bauwerks, wird ein einheitlicher Erfüllungsort am Wohnsitz des Auftraggebers unterstellt.<sup>124</sup>
- **Ausbildungsverträge.** Bei Verträgen, deren Gegenstand die Erbringung von Schulungen bzw. Unterricht beinhaltet, ist der Kursort<sup>125</sup> bzw. der Internatsitz<sup>126</sup> Erfüllungsort für die beiderseitigen Leistungspflichten.
  - **Behandlungsverträge.** In Bezug auf ärztliche Behandlungsverträge oder mit einem Heilpraktiker geschlossene Verträge ist die Rechtsprechung nicht einheitlich. Überwiegend wird jedoch ebenfalls auf die vertragscharakteristische Leistung abgestellt und ein einheitlicher Erfüllungsort am Ort der Praxis bzw. des Krankenhauses angenommen.<sup>127</sup> Diese Ansicht wird auch (bei nichtstationärer Behandlung) auf Zahnarztpraxen übertragen, bei denen sich deshalb ebenfalls der gemeinsame Erfüllungsort am Praxisort befinden soll.<sup>128</sup> Nach anderer Ansicht ist kein gemeinsamer Erfüllungsort angezeigt. Daher gelte unabhängig davon, ob es sich um stationäre oder ambulante Behandlung bzw. Behandlung in der Praxis eines niedergelassenen Arztes handelt, für die Verpflichtung zur Zahlung eines privatärztlichen Honorars nicht der Ort der Klinik oder Praxis, sondern der Wohnsitz des Patienten als maßgeblich.<sup>129</sup> Hierfür spricht insbesondere die zwingende Vorgabe des Erfüllungsortes durch das materielle Recht (§ 269 BGB). Zudem besteht der Schwerpunkt der wechselseitigen Leistungen aufgrund (auch nach der Verkehrssitte) meist nachträglicher Honorarbegleichung nicht einheitlich am Ort der Praxis und es fehlt an kumulativ erforderlichen Umständen, wie zB einer Abnahmepflicht des Patienten am Behandlungsort. Zudem besteht anderenfalls die Gefahr, dass § 29 in systematischem Widerspruch zu §§ 12 ff. (Beklagenschutz) zu einem reinen „Klägergerichtsstand“ verkümmert.<sup>130</sup>
  - **Beherbergungsverträge.** Solche haben wegen der beiderseitigen ortsbezogenen Verpflichtungen den Gerichtsstand des Beherbergungsortes. Dies gilt auch dann, wenn der Gast das Hotel nicht aufgesucht hat,<sup>131</sup> da das keinen Einfluss auf die Vertragspflichten und deren Erfüllungsort haben kann und ansonsten die vertragswidrige Partei prozessual ungerechtfertigt nur am allgemeinen Gerichtsstand verklagt werden könnte.<sup>132</sup> Etwas anderes gilt für den Fall, dass der Beherbergungsvertrag für einen Kunden vom Reisebüro im eigenen Namen abgeschlossen wird; insofern kommt ein einheitlicher Erfüllungsort nicht in Betracht, sondern der Gerichtsstand für die Zahlungsklage ist dann regelmäßig der Sitz des Reisebüros.<sup>133</sup> Auch → Rn. 32 „Reiseverträge“.
  - **Beratungsverträge.** Bei der Verletzung von Pflichten aus einem Beratungsvertrag hinsichtlich einer Kapitalanlage ist der Ort des Beratungsgesprächs entscheidend. Dies gilt auch dann, wenn sich die Klage gegen mehrere Beklagte richtet.<sup>134</sup> Im Fall der telefonischen Beratung wird der (Wohn-)Sitz des Beraters für maßgeblich gehalten.<sup>135</sup>
  - **Bürgschaftsverträge.** Wegen des Anspruchs aus der **Bürgschaft** ist bei Fehlen einer anderweitigen Vereinbarung der (Wohn-)Sitz des Bürgen maßgeblich.<sup>136</sup> Der Erfüllungsort für die Bürgschaftsschuld richtet sich nicht nach dem der Hauptschuld.<sup>137</sup> Verpflichtet sich der Gläubiger dem Bürgen gegenüber, eine zur Sicherung der Hauptschuld bestellte Grundschild an diesen abzutreten, so ist diese Verpflichtung am Sitz des Gläubigers zu erfüllen,<sup>138</sup> weil der Wohnsitz des Gläubigers als Schuldner der auf die Zession gerichteten Forderung des Bürgen für die Bestimmung des Leistungsortes ausschlaggebend ist, § 269 Abs. 1 BGB.
  - **Darlehensverträge.** Es gilt kein einheitlicher Erfüllungsort (→ Rn. 17).<sup>139</sup> Das zuständige Gericht ist für die jeweilige Verpflichtung gesondert zu bestimmen. Für den Rückzahlungsanspruch ist daher als Gerichtsstand nicht das Geschäftslokal der kreditierenden Bank,<sup>140</sup> sondern der Wohnsitz des Schuldners

<sup>122</sup> OLG Zweibrücken BauR 1990, 513 f.; LG Baden-Baden BauR 1982, 606; OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865; aA LG Mainz NJW-RR 1999, 670; LG Kaiserslautern NJW 1988, 652; Elzer IBR 2012, 2937.

<sup>123</sup> OLG Köln MDR 1994, 729; KG BauR 1999, 940; LG Ellwangen NZBau 2010, 255; LG Mainz NJW-RR 1999, 670.

<sup>124</sup> OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865 mwN.

<sup>125</sup> OLG Karlsruhe NJW-RR 1986, 351; (9 AR 29/12) BeckRS 2013, 05928.

<sup>126</sup> OLG Hamm (32 SA 54/15) BeckRS 2016, 01121; OLG Hamm NJW-RR 1989, 1530.

<sup>127</sup> BGH NJW 2012, 860; BayObLG NJW-RR 2006, 15; MDR 2005, 677 (Belegarztvertrag); OLG Karlsruhe BeckRS 2010, 00033 = MedR 2010, 508; Celle NJW 1990, 777 f.; MDR 2007, 604; LG München NJW-RR 2003, 488; MDR 2003, 53; AG Rottweil NJW-RR 1999, 866; Schinnenburg MedR 2001, 401; Stein/Jonas/Roth Rn. 44; Zöller/Schultzy Rn. 25 „Ärztlicher Behandlungsvertrag“; Hauser MedR 2006, 332.

<sup>128</sup> AG Hamburg-Blankenese (531 C 241/15) BeckRS 2016, 15939.

<sup>129</sup> OLG Zweibrücken NJW-RR 2007, 1145; LG Hagen MedR 2009, 675; LG Magdeburg NJW-RR 2008, 1591; LG Mainz NJW 2003, 1612; LG Osnabrück NJW-RR 2003, 789; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.; AG Köln NJW-RR 1995, 185; Prechtel MDR 2006, 246; vgl. auch LG Heidelberg NJW-RR 2014, 777; explizit gegen einheitlichen Erfüllungsort bei ambulanter Behandlung AG Münster (48 C 3429/18) BeckRS 2019, 959.

<sup>130</sup> AG Münster (48 C 3429/18) BeckRS 2019, 959.

<sup>131</sup> OLG Nürnberg NJW 1985, 1296 (1297); LG Münster (03 S 125/17) BeckRS 2018, 2673; LG Kempten BB 1987, 929; Nettesheim BB 1986, 547 (548); AG Neuss NJW-RR 1986, 1210 (Ferienhaus); aA AG Münster (48 C 2016/17) BeckRS 2017, 127475; LG Bonn MDR 1985, 588; AG Freyung MDR 1979, 850; Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 63.

<sup>132</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 36.

<sup>133</sup> BGH NJW-RR 2007, 777.

<sup>134</sup> OLG Zweibrücken NJW-RR 2012, 831; OLG Karlsruhe (9 AR 7/13) BeckRS 2013, 12648; OLG Brandenburg (1 Z) Sa 42/13) BeckRS 2013, 12062.

<sup>135</sup> Vgl. OLG München (34 AR 336/12) BeckRS 2013, 01166.

<sup>136</sup> BGH NJW 1997, 398; 1995, 1546; BayObLG Rpfleger 2003, 139; MüKoZPO/Patzina Rn. 37; OLG Düsseldorf NJW 1969, 380 (Wechselbürgschaft).

<sup>137</sup> BayObLG BeckRS 2003, 30321855 = MDR 2003, 1103.

<sup>138</sup> BGH NJW 1995, 1546.

<sup>139</sup> LG Freiburg BKR 2016, 289.

<sup>140</sup> LG Kassel NJW-RR 1989, 106; Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 10; Vollkommer BB 1974, 1316; BayObLG NJW-RR 1996, 956; aA AG Hamburg BB 1974, 1316.

- (§§ 269 Abs. 1, 270 Abs. 1, 4 BGB) maßgebend.<sup>141</sup> Die Pflicht der Bank zur Gewährung des Darlehens ist dagegen an ihrem Sitz bzw. am Ort ihrer Niederlassung zu erfüllen.<sup>142</sup> Dies beinhaltet insbesondere die Rückforderung der sog. „Darlehensgebühren“ bzw. Bearbeitungsgebühren durch das Kreditinstitut, wobei sich der Erfüllungsort, der für die Beurteilung des § 29 von Bedeutung ist, dann entsprechend an dem Ort des kontoführenden Unternehmens befindet.<sup>143</sup>
- **Dienstverträge.** Regelmäßig ist der Leistungsort der Dienste maßgeblicher Anknüpfungspunkt.<sup>144</sup> Es bleibt abzuwarten, ob auf Grund der geänderten Rechtsprechung zum Anwaltsvertrag (→ Rn. 20) auch für Dienstverträge von Angehörigen anderer freier Berufe eine differenzierte Beurteilung der jeweiligen Verpflichtung geboten ist. Bisher wurde für Notare,<sup>145</sup> und Steuerberater<sup>146</sup> auf den Amtssitz bzw. den Kanzleiort als gemeinsamer Erfüllungsort abgestellt. Abweichend hiervon wird in der neueren Rechtsprechung für den Wirtschaftsprüfer der Gerichtsstand des Erfüllungsortes auf Grund des Schwerpunktes seiner Tätigkeit am Sitz der zu prüfenden Gesellschaft angenommen.<sup>147</sup> Für „Anwaltsverträge“, „Architektenverträge“ und für „Behandlungsverträge“ → Rn. 21.
  - 23 – **Energielieferungsverträge.** Für die sich aus einem Energie- oder Wasserlieferungsvertrag ergebenden Verpflichtungen beider Vertragspartner gilt der Ort der Abnahme als gemeinsamer Erfüllungsort, da an diesem nicht nur das Versorgungsunternehmen seine Hauptleistungspflicht, sondern auch der Abnehmer wesentliche Pflichten zu erfüllen hat.<sup>148</sup>
  - 24 – **Frachtverträge.** Solche haben grundsätzlich den Erfüllungsort am Bestimmungs- bzw. Ablieferungsort der Sache,<sup>149</sup> während für den Anspruch auf Zahlung der Fracht der Wohnsitz des Schuldners entscheidend ist.<sup>150</sup> Für Frachtverträge, die dem HGB unterfallen (§ 407 Abs. 3 HGB), gilt der zusätzliche Gerichtsstand des § 440 HGB. Besonderheiten gelten für Straßenbeförderungsverträge zwischen verschiedenen Staaten iSd Art. 1 CMR. Art. 31 Abs. 1b CMR bestimmt insoweit die internationale Zuständigkeit der Gerichte des Ortes der Übernahme bzw. der Ablieferung des Gutes.<sup>151</sup> Soweit dann die deutsche internationale Zuständigkeit gegeben ist, gelten hinsichtlich des Gerichtsstandes die allgemeinen Regeln deutschen Prozessrechts; maßgeblich ist der Ablieferungsort.<sup>152</sup> Beim Seefrachtvertrag ist der Bestimmungshafen der Gerichtsstand begründende Erfüllungsort.<sup>153</sup> Für den Luftfrachtvertrag ist § 56 LuftVG zu beachten.
  - 25 – **Geldschulden.** Diese sind gemäß § 270 Abs. 1 BGB grundsätzlich Schickschulden.<sup>154</sup> Damit wird aber der Gläubigerwohnsitz nicht zwingend zum Gerichtsstand von auf Zahlung von Geld gerichteten Klagen. Vielmehr greift § 270 Abs. 4 BGB ein. Der Zahlungsanspruch ist daher am (Wohn-)Sitz des Schuldners geltend zu machen, § 269 Abs. 1, 2 BGB.<sup>155</sup> Dies gilt auch für die Klage auf Zahlung des Kaufpreises (vgl. → Rn. 28 „Kaufverträge“).<sup>156</sup>
  - **Gesamtschuldner.** Grundsätzlich erfolgt die Bestimmung des Erfüllungsortes für jeden Gesamtschuldner selbstständig.<sup>157</sup> Dabei kann die Leistung eines jeden Gesamtschuldners an einem einheitlichen Ort zu erbringen sein.<sup>158</sup> Soweit die Ausgleichsforderung eines Gesamtschuldners in Rede steht, ist, wenn keine andere Bestimmung greift, der Erfüllungsort nach § 269 Abs. 1 BGB der Wohnsitz des Beklagten.<sup>159</sup> Sollen Gesamtschuldner (zB der frühere Prozessbevollmächtigte und der frühere Korrespondenzanwalt) auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden, ist der Gerichtsstand des § 29 Abs. 1 nicht begründet.<sup>160</sup> Im Übrigen gilt für **Gesamthandsschulden** ein einheitlicher Erfüllungsort.<sup>161</sup>
  - **Gesellschaftsverträge.** Maßgeblicher Erfüllungsort bei Handelsgesellschaften ist der Sitz der Gesellschaft.<sup>162</sup> Das gilt sowohl für die Verpflichtungen der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft<sup>163</sup> als auch bei Klagen aus Organhaftung.<sup>164</sup> Wird nach § 64 GmbHG von den Geschäftsführern Schadenersatz im Sinne einer Wiederauffüllung der Masse verlangt, weil pflichtwidrig nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit noch Zahlungen geleistet worden sind, so gilt auch hierfür der Sitz der Gesellschaft als Erfüllungsort.

<sup>141</sup> OLG Stuttgart BB 1992, 2386; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG Düsseldorf RIW 2001, 63; MüKoZPO/Patzina Rn. 39.

<sup>142</sup> OLG Dresden ZIP 2001, 1531.

<sup>143</sup> AG Brandenburg (31 C 355/15) BeckRS 2016, 08470.

<sup>144</sup> BGH ZIP 1985, 157; BayObLG ZIP 1992, 1652 (GmbH-Geschäftsführervertrag); OLG Celle NJW 1990, 777; LG Hamburg NJW 1976, 199; Stein/Jonas/Roth Rn. 44; BLAH/Hartmann Rn. 21 „Dienstvertrag“.

<sup>145</sup> KG JW 1927, 1324.

<sup>146</sup> LG Darmstadt AnwBl 1984, 503; BayObLG NJW 2003, 1196; aA LG Berlin NJW-RR 2002, 207 (Steuerberaterhonorar am Wohnsitz des Mandanten); offen gelassen von BGH NJW 2003, 3201 (3202).

<sup>147</sup> LG Bonn BB 2005, 994 mAnm Ditzes; aA MüKoZPO/Patzina Rn. 41.

<sup>148</sup> BGH NJW 2003, 3418; OLG Jena MDR 1998, 828; OLG Rostock RdE 1997, 76; OLG Dresden RdE 2000, 160 f.; LG Darmstadt RdE 1994, 75; BLAH/Hartmann Rn. 32 „Versorgungsvertrag“; Riemer RdE 1989, 242; Stein/Jonas/Roth Rn. 44; MüKoZPO/Patzina Rn. 42; aA LG Leipzig MDR 1999, 1086.

<sup>149</sup> Wieczorek/Schütze/Hausmann Rn. 63.

<sup>150</sup> OLG Hamburg RIW 1991, 61 (62); OLG Dresden RIW 1999, 968; BLAH/Hartmann Rn. 22 „Frachtvertrag“.

<sup>151</sup> Baumbach/Hopt/Merkt CMR Art. 31 Rn. 1; vgl. BGH NJW-RR 2004, 762; OLG Stuttgart OLGR 2002, 336; OLG Hamm RIW 1987, 470 (471).

<sup>152</sup> Baumbach/Hopt/Merkt CMR Art. 31 Rn. 1.

<sup>153</sup> OLG Bremen VersR 1985, 987.

<sup>154</sup> OLG Hamm OLGZ 1991, 79 (80); LG Bonn MDR 1985, 588.

<sup>155</sup> BGHZ 120, 334 (347 f.) = NJW 1993, 1073 (1076); OLG Hamm (32 SA 59/14) BeckRS 2014, 18500 (unter Hinweis auf die in Anlehnung an EuGH NJW 2008, 1935 zT vertretene aA, dass der Erfüllungsort bei richtlinienkonformer Auslegung am Sitz des Gläubigers liegt).

<sup>156</sup> BGHZ 113, 106 (111).

<sup>157</sup> BayObLG MDR 1998, 180.

<sup>158</sup> BGH NJW 1986, 935; MüKoZPO/Patzina Rn. 52.

<sup>159</sup> OLG Hamm FamRZ 2003, 315.

<sup>160</sup> BayObLG NJW-RR 1996, 52.

<sup>161</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 51; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Gesamtschuld“.

<sup>162</sup> OLG Karlsruhe OLGR 2003, 432; OLG Schleswig BB 2004, 462.

<sup>163</sup> OLG Jena ZIP 1998, 1497.

<sup>164</sup> BGH NJW-RR 1992, 801.



ort.<sup>165</sup> Bei Klagen gegen die für eine Gesellschaftsschuld haftenden Gesellschafter ist der Erfüllungsort für die Gesellschaftsschuld erheblich.<sup>166</sup> Dies gilt auch für Klagen gegen die Gesellschafter einer GbR wegen der Gesellschaftsschuld.<sup>167</sup> Hingegen ist bei Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern einer GbR auf den Wohnsitz des Schuldners abzustellen.<sup>168</sup> Im Übrigen ist der besondere Gerichtsstand des § 22 zu berücksichtigen.

- **Handelsvertreterverträge.** Solche weisen keinen einheitlichen Gerichtsstand (→ Rn. 17) auf.<sup>169</sup> Die Bestimmung des Erfüllungsortes erfolgt für jede Pflicht gesondert. Erfüllungsort der Pflichten des Handelsvertreters ist grundsätzlich dessen Geschäftssitz;<sup>170</sup> teilweise wird auch der Ort der Tätigkeit des Handelsvertreters angenommen.<sup>171</sup> Soweit ein Anspruch auf Erteilung eines Buchauszuges gegen den Unternehmer in Rede steht oder seine Zahlungspflicht geltend gemacht wird, ist der Unternehmenssitz maßgebend.<sup>172</sup> 26
- **Internetverträge.** Soweit nur der Vertragsschluss im Internet erfolgt ist, die Abwicklung aber herkömmlichen Regeln folgt, gelten keine Besonderheiten. Wird ein Kaufvertrag geschlossen, der das Herunterladen von Software von einem Server gegen Geldzahlung beinhaltet, ist entsprechend den Grundsätzen zum Kaufvertrag (→ Rn. 28) kein einheitlicher auf Ortsgebundenheit beruhender Erfüllungsort anzunehmen.<sup>173</sup> Vielmehr gilt für die Zahlungspflicht des Käufers dessen Wohnsitz und für die Bereitstellung der Software der Standort des Servers beim Anbieter als maßgeblich.<sup>174</sup> Geht es um die Bereitstellung eines DSL-Anschlusses ist der Erfüllungsort am (Wohn-)Sitz des Kunden,<sup>175</sup> während die Klage auf Freigabe des DSL-Ports sowie Feststellung der Vertragsbeendigung am Geschäftssitz des Dienstansbieters zu erheben ist.<sup>176</sup> Gleichermaßen wird für einen Mobilfunkvertrag die jeweilige Leistungspflicht als maßgeblich angesehen; im Hinblick auf die Entgeltzahlungen ist der Wohnort des Kunden im Zeitpunkt des Vertragsschlusses der Anknüpfungspunkt.<sup>177</sup> 27
- **Kaufverträge:** Es gilt grundsätzlich kein einheitlicher Erfüllungsort (→ Rn. 17). Für die Kaufpreisklage ist daher der **Wohnort des Käufers** entscheidend.<sup>178</sup> Dessen (Wohn-)Sitz ist auch Erfüllungsort für die kaufvertraglichen Nebenpflichten wie etwa die Abnahme nach § 433 Abs. 2 BGB,<sup>179</sup> so dass an diesem Gerichtsstand auch wegen Verletzung der Pflicht (zB Annahmeverzug nach § 293 BGB) zu klagen ist.<sup>180</sup> Wird der Kaufpreis kreditiert, ist Erfüllungsort nach der allgemeinen Regel des § 269 Abs. 1, 2 BGB der (Wohn-)Sitz des Schuldners,<sup>181</sup> und zwar auch bei Hingabe eines garantierten Schecks zahlungshalber. Bei Barkäufen etwa im Ladenlokal oder bei einer Auktion ist zur Bestimmung des Erfüllungsortes auf den Ort des Geschäftsabschlusses als einheitlicher Erfüllungsort abzustellen.<sup>182</sup> Dies gilt jedoch nicht, wenn beispielsweise eine auf ständiger Übung beruhende Vorleistungspflicht des Verkäufers besteht.<sup>183</sup> Wird durch den Verkäufer die Anlieferung der Ware übernommen, ist beim Fehlen einer anderweitigen Bestimmung idR eine Bringschuld anzunehmen.<sup>184</sup> Damit gilt etwa bei der Lieferung von Nutztieren,<sup>185</sup> Kohle, Heizöl oder Möbeln<sup>186</sup> oder im Versandhandel<sup>187</sup> der Sitz des Käufers als Erfüllungsort iSd § 29 Abs. 1. In Fällen der Klage auf **Rückgewähr der Leistung** Zug-um-Zug (vgl. → Rn. 10) ist die Klage einheitlich an dem Ort zu erheben, wo sich der Kaufgegenstand vertragsgemäß befindet bzw. befinden müsste (sog. Austauschort, idR der Wohnsitz des Käufers)<sup>188</sup> bzw. beim Grundstückskauf der Ort der Belegenheit desselben.<sup>189</sup> Dies gilt auch, soweit Rückgewähransprüche bei Teilzahlung und Widerruf nach §§ 346, 357, 355, 495 Abs. 1, 503 Abs. 1 BGB geltend gemacht werden.<sup>190</sup> Wider den Grundsatz, das zuständige Gericht für die jeweilige Leistungspflicht gesondert zu ermitteln (→ Rn. 14), muss dieser einheitliche Erfüllungsort auch dann maßgeblich sein, wenn der Käufer die Sache bereits zurückgegeben 28

<sup>165</sup> OLG München NZG 2017, 749.

<sup>166</sup> BayObLG DB 2002, 2318.

<sup>167</sup> BayObLG MDR 2002, 1360; OLG Stuttgart (9 U 189/09) BeckRS 2010, 18622.

<sup>168</sup> BayObLG BB 1996, 2115; OLG Zweibrücken EWiR 1998, 911 (Auseinandersetzungsanspruch nach § 734 BGB).

<sup>169</sup> BGH DB 1988, 549; NJW 1988, 966; 1993, 2754; OLG München (7 U 185/15) BeckRS 2015, 09718; aA Emde RIW 2003, 509.

<sup>170</sup> OLG Frankfurt a. M. OLGR 1995, 154; Prütting/Gehrlein/Wern Rn. 14 „Handelsvertretervertrag“.

<sup>171</sup> BGHZ 53, 332 (337); LG Heidelberg IPRspr. 1973 Nr. 129a.

<sup>172</sup> BGH NJW 1988, 966 (967); 1993, 2754; OLG München (7 U 185/15) BeckRS 2015, 09718; OLG Frankfurt a. M. RIW 1980, 585.

<sup>173</sup> AG München CR 2001, 132; Stein/Jonas/Roth Rn. 21; MüKoZPO/Patzina Rn. 73.

<sup>174</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 73 mwN; Stein/Jonas/Roth Rn. 21.

<sup>175</sup> AG Fürth (340 C 3088/08) BeckRS 2009, 21512.

<sup>176</sup> AG Bremen (10 C 269/09) BeckRS 2009, 26784.

<sup>177</sup> OLG Frankfurt a. M. (11 SV 110/13) BeckRS 2014, 03144; OLG Brandenburg (1 Z) Sa 19/14) BeckRS 2014, 10929.

<sup>178</sup> BGHZ 113, 106 (111); NJW 1993, 1076.

<sup>179</sup> RGZ 49, 72.

<sup>180</sup> RGZ 55, 423.

<sup>181</sup> Wiecek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 45.

<sup>182</sup> BGH NJW-RR 2003, 192 (193); NJW 2004, 54 (55); OLG Düsseldorf NJW 1991, 1492 (1493); OLG München NJW 1975, 504 mAnm Geimer NJW 1975, 1086; RGZ 102, 282 f.

<sup>183</sup> BGH NJW-RR 2003, 192 (193).

<sup>184</sup> MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 20; Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 10, 13.

<sup>185</sup> Vgl. BGH BB 2004, 853 (854) (zu Art. 57 Abs. 1 lit. b CISG).

<sup>186</sup> Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 10; OLG Oldenburg NJW-RR 1992, 1527.

<sup>187</sup> OLG Stuttgart NJW-RR 1999, 1576 (1577); OLG Frankfurt a. M. NJW-RR 1989, 957; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 20; Borges DB 2004, 1815; aA BGH NJW 2003, 3341; Lorenz JuS 2004, 105 (106).

<sup>188</sup> BGHZ 87, 104 (109) = NJW 1983, 1479 (1480); BayObLG MDR 2004, 646; OLG Köln DAR 2011, 260; Zimmermann ZPO Rn. 5b; Stein/Jonas/Roth Rn. 46; MüKoZPO/Patzina Rn. 62; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Rückabwicklung“; aA LG Augsburg (082 O 2813/18) BeckRS 2018, 24513; Stöber NJW 2006, 2661 (2663); LG Krefeld MDR 1977, 1018; LG Stralsund (6 O 211/11) BeckRS 2011, 25552; AG Hechingen (2 C 463/11) BeckRS 2012, 18876; AG Köln (137 C 304/09) BeckRS 2009, 29736.

<sup>189</sup> RGZ 70, 198; allg. zu Gewährleistungsansprüchen aus einem Grundstückskaufvertrag OLG Frankfurt a. M. MDR 2015, 299.

<sup>190</sup> Vgl. Mues ZIP 1996, 742 f. mwN.

- hat und nur noch Rückzahlung verlangt, weil er sonst schlechter stehen würde, als wenn er die Sache noch nicht zurückgewährt hätte.<sup>191</sup> Ebenso ist der Austauschort für neben dem Rücktritt (vgl. § 325 BGB) geltend gemachten Schadensersatz statt der Leistung iSd §§ 437 Nr. 3, 280, 281 BGB<sup>192</sup> heranzuziehen. Bezüglich der **Nacherfüllungspflicht**<sup>193</sup> iSd § 439 BGB ist das Meinungsbild uneinheitlich. Häufig wird der bestimmungsgemäße Belegenheitsort der Sache,<sup>194</sup> teilweise der ursprüngliche Erfüllungsort der Hauptleistungspflicht<sup>195</sup> oder in Abhängigkeit von der Art des Kaufs (zB Pkw) der Sitz des Verkäufers<sup>196</sup> als maßgebender Erfüllungsort angesehen.<sup>197</sup> Im Ergebnis erfolgt dabei eine Auslegung der Umstände des jeweiligen Geschäfts, weshalb der BGH<sup>198</sup> mangels einer eigenständigen Regelung für den Ort der Nacherfüllungspflicht zu Recht auf § 269 Abs. 1 BGB verweist und beim Fehlen entsprechender Anhaltspunkte den Erfüllungsort der Nachlieferungspflicht am (Wohn-)Sitz des Schuldners ansiedelt.<sup>199</sup> Für Schadensersatzklagen, die wegen der Verletzung von Nebenpflichten erhoben werden (§§ 280, 311 Abs. 2, 3, 241 Abs. 2 BGB) ist Anknüpfungspunkt der Erfüllungsort der Hauptleistungspflicht (vgl. → Rn. 16). Im Rahmen des Handelsverkehrs gilt beim Fehlen entgegenstehender Abreden, dass Warenlieferungen sich als Schickschulden darstellen (§ 447 BGB) mit der Folge, dass Erfüllungsort der Sitz des Verkäufers ist.<sup>200</sup> Dieser Ort ist auch gerichtsstandsbestimmend im UN-Kaufrecht für die Kaufpreiszahlung als Bringschuld gemäß Art. 57 Abs. 1a CISG<sup>201</sup> und die Lieferpflicht des Verkäufers nach Art. 31 CISG.<sup>202</sup> Beim Kauf von Geschäftsanteilen iSd § 15 Abs. 4 GmbHG ist der Ort der Beurkundung der Erfüllungsort iSd § 29 Abs. 1.<sup>203</sup> Kommt der bei einem Grundstückskaufvertrag erfolgten Beratung eine eigenständige Bedeutung zu und ist deshalb als **hinzutretender Beratungsvertrag** einzuordnen,<sup>204</sup> bedarf dieser einer gesonderten Betrachtung und teilt nicht ohne weiteres den Erfüllungsort der Rückabwicklung des Kaufvertrages am Ort der Belegenheit des Grundstücks.<sup>205</sup> Findet insofern die Beratung in der Wohnung des Käufers statt, ist dessen Wohnsitz nach § 269 Abs. 1 BGB der Erfüllungsort für die Beratungspflicht.<sup>206</sup> Im Geltungsbereich der EuGVVO gilt deren Art. 7 Nr. 1 nF (zuvor Art. 5 Nr. 1 EuGVVO aF) im Hinblick auf grenzüberschreitende (Versendungs-)Kaufverträge als maßgebliche Zuständigkeitsnorm (→ EuGVVO Art. 5 Rn. 1 ff.).<sup>207</sup>
- **Kommissionsverträge.** Der Erfüllungsort ist entsprechend dem Grundsatz für jede Verpflichtung gesondert zu bestimmen (→ Rn. 14); es gilt beim Fehlen einer anderweitigen Bestimmung kein einheitlicher Ort der Erfüllung.<sup>208</sup>
  - 29 – **Lagerverträge.** Für die jeweilige Verpflichtung ist der Erfüllungsort gesondert festzulegen (→ Rn. 14). Wegen der Leistungspflichten des Lagerhalters ist daher am Lagerort der Gerichtsstand des § 29 (vgl. § 467 HGB) begründet; wegen seiner Gegenleistungspflicht (Zahlung von Lagerkosten) ist das Gericht am (Wohn-)Sitz des Auftraggebers maßgeblich.<sup>209</sup>
  - **Leasingverträge.** Bei solchen ist, wenn keine Vereinbarung des Erfüllungsortes getroffen wurde, zu unterscheiden: Wegen der Pflicht des Leasinggebers auf Gebrauchsüberlassung ist dessen Sitz entscheidend, wegen der Zahlungspflicht des Leasingnehmers dessen (Wohn-)Sitz.<sup>210</sup> Steht die Heraus- bzw. Rückgabe des Leasinggegenstandes in Rede, ist das Gericht, in dessen Bezirk der Leasingnehmer bei Vertragsschluss seinen Wohnsitz hatte, zuständig.<sup>211</sup> Nach anderer Ansicht ist die Rückgabepflicht eine Bringschuld, so dass der Erfüllungsort beim Leasinggeber liegt.<sup>212</sup>
  - 30 – **Maklerverträge.** Provisionsansprüche aus Maklerverträgen sind am allgemeinen Gerichtsstand des Beklagten geltend zu machen.<sup>213</sup> Für die Verpflichtungen des Maklers ist grundsätzlich dessen Sitz maßgeblich (§ 269 Abs. 1, 2 BGB), nicht der des vermittelten Geschäfts.<sup>214</sup>
  - **Mietverträge.** Für die Miet- bzw. Pachtzinszahlung ist der Erfüllungsort grundsätzlich beim (Wohn-)Sitz des Schuldners im Zeitpunkt der Begründung des Vertrages,<sup>215</sup> nicht der Ort der Belegenheit des

<sup>191</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 46; MüKoZPO/Patzina Rn. 62; AG Münsingen CR 1993, 502; aA RGZ 31, 383; auch gegen Schutzbedürftigkeit des Käufers aufgrund bewusster Risikoeingehung der Rückabwicklung an anderem Ort LG Augsburg (082 O 2813/18) BeckRS 2018, 24513.

<sup>192</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 45; Zimmermann ZPO Rn. 5b; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Rückabwicklung“; zu § 463 BGB aF: OLG Hamm MDR 1989, 63; OLG Celle OLGR 2000, 81; aA OLG Lüneburg MDR 1991, 992.

<sup>193</sup> Ausf. zum Leistungsort der Nacherfüllung Schüller/Feurer MDR 2011, 1077; Ringe NJW 2012, 3393.

<sup>194</sup> OLG Celle (11 U 32/09) NJOZ 2010, 612; OLG München NJW 2006, 449 (450); Thürmann NJW 2006, 3457; Witt ZGS 2008, 369 (370 ff.); Terrahe VersR 2004, 680 (681).

<sup>195</sup> OLG München NJW 2007, 3214; Jauernig/Berger BGB § 439 Rn. 11; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 37; Lorenz NJW 2009, 1633 (1635); Reinking NJW 2008, 3608.

<sup>196</sup> OLG Köln SP 2007, 302; Palandt/Weidenkaff § 439 Rn. 3a; Ball NZV 2004, 217 (220 f.); Skamel ZGS 2006, 227 (228).

<sup>197</sup> Zum Käuferirrtum bei der Bestimmung des Nacherfüllungsorts Cziupka NJW 2013, 1043.

<sup>198</sup> BGH NJW 2011, 2278 (2279 ff.); ebenso OLG Köln SP 2007, 302; Ball NZV 2004, 217.

<sup>199</sup> BGH NJW 2011, 2278 (2279 ff.) mwN; abwM Voraufage; Ringe NJW 2012, 3393 f.

<sup>200</sup> BGHZ 113, 106 (111).

<sup>201</sup> BGHReport 2003, 897 (899); OLG Düsseldorf RIW 1993, 845; OLG Karlsruhe OLGR 2004, 164.

<sup>202</sup> BGHZ 134, 206 ff.

<sup>203</sup> OLG Stuttgart RIW 2000, 631.

<sup>204</sup> Dazu BGH NJW 2004, 64 (65); 2003, 1811 (1812); WoM 2005, 205 (206); 2004, 2349 (2351); OLG Schleswig OLGR 2005, 631.

<sup>205</sup> OLG Schleswig OLGR 2005, 631.

<sup>206</sup> OLG Schleswig OLGR 2005, 630.

<sup>207</sup> Vgl. dazu EuGH NJW 2011, 3018; BGH NJW 2009, 2606 mwN; BeckRS 2010, 17867 = WM 2010, 1712.

<sup>208</sup> OLG Frankfurt a. M. OLGR 1995, 153 (154); Zöller/Schultzky Rn. 25 „Kommissionsvertrag“.

<sup>209</sup> OLG Karlsruhe OLGRspr. 3, 43 f.; MüKoZPO/Patzina Rn. 66.

<sup>210</sup> BGH NJW 1988, 1914; MüKoZPO/Patzina Rn. 43.

<sup>211</sup> LG Lüneburg NJW-RR 2002, 1584; aA OLG Rostock BeckRS 2000, 30997402 (Ort der Übernahme des Leasinggegenstandes) = OLGR 2001, 255.

<sup>212</sup> Vgl. OLG Rostock OLGR 2001, 255.

<sup>213</sup> BayObLG NJW-RR 1998, 1291.

<sup>214</sup> OLG Stuttgart NJW-RR 1987, 1076; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Maklervertrag“.

<sup>215</sup> BGH NJW 1988, 1914.

- vermieteten Grundstücks.<sup>216</sup> Etwas anderes gilt beim Beherbergungsvertrag (→ Rn. 21) oder dem Mietvertrag über ein Ferienhaus.<sup>217</sup> Wegen Miet- oder Pachtverträgen über Räume siehe § 29a.
- **Negative Feststellungsklagen.** Diese haben den Gerichtsstand an dem Ort, an dem der Kläger die geeignete Leistung zu erfüllen hätte.<sup>218</sup> Erhebt beispielsweise der Darlehensnehmer gegen die Bank wegen des Darlehensvertrages die negative Feststellungsklage, ist sein Wohnsitz maßgeblich (→ Rn. 22 „Darlehensverträge“).<sup>219</sup>
- **Reiseverträge.** Die Klage des Reiseveranstalters aus dem **Reisevertrag** iSd § 651a Abs. 1 BGB hat den Gerichtsstand am Wohnsitz des Kunden.<sup>220</sup> Für die Klage des Kunden ist das Reiseziel als gerichtsstandsbestimmender Erfüllungsort oftmals unpraktikabel. Insofern ist es sinnvoll, nach § 21 auf den Ort der Buchung (Reisebüro bzw. Niederlassung des Reiseveranstalters) abzustellen.<sup>221</sup> Bei Flugreisen gilt ähnlich der Ankunftsort als Erfüllungsort, weil der Reisende dahin befördert werden soll, jedoch kann wegen an diesem zu erbringender Teilleistungen auch der Abflugort herangezogen werden.<sup>222</sup> Gleichmaßen kann bei einer Annullierung eines Fluges der Passagier vor Gerichten am Ort des Abflugs<sup>223</sup> oder des Reiseziels, darüber hinaus auch beim Sitz der Fluggesellschaft bzw. deren Niederlassung klagen.<sup>224</sup> Bei Schadensersatzansprüchen des Reisenden aufgrund großer Verspätung, Annullierung oder Beförderungsverweigerung bei Flugreisen, die aus zwei oder mehreren (Anschluss-)Flügen bestehen, sind ggü. dem Luftfahrtunternehmen zweierlei Gerichtsstände eröffnet: der Fluggast kann sowohl gem. Art. 5 Nr. 1 lit. b Brüssel-I-VO als auch im Gerichtsstand des § 29 gleichmaßen am Abflugort des ersten Fluges, als auch am Zielort des letzten Fluges klagen.<sup>225</sup> Dabei ist gem. § 29 Abs. 1 der Gerichtsstand bei dem für den Abflugort des ersten Fluges örtlich zuständigen Gericht eröffnet, insofern es sich bei dem Anspruch auf Ausgleichszahlung gem. Art. 5 Abs. 1 lit. c, 7 VO (EG) Nr. 261/2004 (= Fluggastrechte-VO) nach ständiger Rspr. des BGH<sup>226</sup> um einen gesetzlichen Anspruch auf vertraglicher Grundlage handelt.<sup>227</sup> Auch wenn dabei erst der endgültige Zielort im (auch nicht-europäischen) Ausland mit großer Verspätung erreicht wird, ist Erfüllungsort iSd § 29 Abs. 1 jedenfalls auch der Abflugort des ersten (Teil-) Fluges.<sup>228</sup> Dies gilt zudem unabhängig davon, ob der Ausgleichsanspruch ggü. dem Vertragspartner des Fluggastes oder ggü. dem ausführenden Luftfahrtunternehmen geltend gemacht wird, welches nicht Vertragspartner des Fluggastes ist.<sup>229</sup> Die doppelte Gerichtsstandsverfügbarkeit steht auch im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH<sup>230</sup> zur Auslegung des Merkmals „Erfüllungsort“ in Art. 5 Nr. 1 lit. b Brüssel-I-VO.<sup>231</sup> Im Übrigen ist der Reiseveranstalter gemäß §§ 12, 17 an seinem Sitz zu verklagen;<sup>232</sup> wenn dieser im Ausland liegt und die Reise im Inland vermittelt wurde, soll die Klage beim AG Berlin-Schöneberg erhoben werden können.<sup>233</sup> Nach aA gilt ab dem 10.1.2015 vorrangig die EuGVVO (Brüssel Ia-VO) in Fällen, in denen ein in Deutschland ansässiger Kunde bei einem Veranstalter mit Sitz in Deutschland eine Pauschalreise mit Ziel im Ausland bucht.<sup>234</sup> Siehe auch → Rn. 21 „Beherbergungsverträge“.
- **Schadensersatz.** Bei Schadensersatzklagen ist die verletzte Pflicht maßgeblich, für deren Nicht- oder Schlechterfüllung Ersatz begehrt wird.<sup>235</sup> Unerheblich ist dabei, ob es sich um eine Haupt- oder Nebenpflicht handelt, wobei letztere den Erfüllungsort der entsprechenden Hauptpflicht teilt (→ Rn. 16).<sup>236</sup>
- **Unterlassungsklagen.** Für diese besteht der Gerichtsstand an dem Ort, an welchem der Schuldner bei Begründung der vertraglichen Unterlassungspflicht seinen (Wohn-)Sitz hatte.<sup>237</sup> Dies gilt auch in solchen Fällen, in denen sich die Unterlassungspflicht über ein ausgedehntes Gebiet erstreckt; dadurch werden nicht alle in dem betreffenden Gebiet gelegenen Gerichte zuständig.<sup>238</sup> Kommt eine Unterlassungspflicht nur an einem bestimmten Ort in Betracht, ist die Zuständigkeit des dortigen Gerichts begründet.<sup>239</sup> Für den Anspruch auf Unterlassung der Einziehung einer sicherheitshalber zedierten Forderung ist regelmäßig auf den (Wohn-)Sitz des Drittschuldners abzustellen.<sup>240</sup>

<sup>216</sup> RGZ 140, 67; LG Trier NJW 1982, 286; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Mietvertrag“; aA OLG Hamm OLGZ 1991, 80; OLG Düsseldorf OLGZ 1991, 491.

<sup>217</sup> AG Neuss NJW-RR 1986, 1210.

<sup>218</sup> OLG München (34 AR 97/17) BeckRS 2017, 114163; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Negative Feststellungsklage“; BLAH/Hartmann Rn. 32 „Verneinende Feststellungsklage“.

<sup>219</sup> LG Kassel NJW-RR 1989, 106.

<sup>220</sup> Zöller/Schultzky Rn. 25 „Reisevertrag“; Zimmermann ZPO Rn. 5c; BGH MMR 2013, 578; NJW 2013, 308 mAnm Müller.

<sup>221</sup> Zöller/Schultzky Rn. 25 „Pauschalreisevertrag“; BLAH/Hartmann Rn. 30 „Reisevertrag“.

<sup>222</sup> Lehmann NJW 2007, 1500 (1502); Ruzik NJW 2011, 2019 (2020 f.); zur internationalen Zuständigkeit: EuGH NJW 2009, 2801; BGH NJW 2011, 2056 (2058); vgl. auch BGH NJW 2008, 2121 (Vorlagebeschluss zum EuGH); OLG Frankfurt a. M. NJW-RR 2013, 59 (gemeinsamer Gerichtsstand Reiseveranstalter und Flugunternehmen).

<sup>223</sup> BGH WM 2013, 956.

<sup>224</sup> Lehmann NJW 2010, 655 ff.; vgl. BGH NJW 2011, 2056 (2057 f.); LG Frankfurt a. M. (2–24 S 145/11) BeckRS 2012, 08273.

<sup>225</sup> BGH NJW-RR 2019, 432.

<sup>226</sup> BGHZ 188, 85; RRA 2016, 229 mwN.

<sup>227</sup> BGH (X ZR 41/18) BeckRS 2019, 15292.

<sup>228</sup> BGH (X ZR 41/18) BeckRS 2019, 15292; NJW-RR 2019, 432; NJW 2019, 2604. EuGH NJW 2018, 2105 (2108).

<sup>229</sup> BGH NJW-RR 2019, 432.

<sup>230</sup> EuGH NJW 2018, 2105 (2108).

<sup>231</sup> BGH (X ZR 41/18) BeckRS 2019, 15292; NJW-RR 2019, 432.

<sup>232</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 77 mwN.

<sup>233</sup> BLAH/Hartmann Rn. 30 „Reisevertrag“; OLG Karlsruhe MDR 1999, 1401.

<sup>234</sup> Staudinger Jm 2015, 46 (50).

<sup>235</sup> BGHZ 134, 201 (205); BayObLG MDR 1998, 737; NJW 2002, 2888.

<sup>236</sup> OLG Karlsruhe OLGZ 2000, 403; Fricke VersR 1997, 404.

<sup>237</sup> RGZ 51, 311; BGH NJW 1974, 410; Bengelsdorf DB 1992, 1342 (1345).

<sup>238</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 86.

<sup>239</sup> BGH NJW 1974, 410; Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 36; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Unterlassungspflicht“.

<sup>240</sup> OLG Dresden EWIR 2001, 887.



- 35 – **Vertragsstrafe.** Der Erfüllungsort für die Vertragsstrafe stimmt mit dem der Hauptverpflichtung überein.<sup>241</sup>
- 36 – **Werkverträge.** Erfüllungsort der Verpflichtung des Unternehmers ist grundsätzlich dessen Wohnort bzw. Sitz.<sup>242</sup> Dagegen gilt für alle Verpflichtungen aus einem durch eine besondere Ortsbezogenheit der Werkleistung gekennzeichneten Werkvertrag (vgl. → Rn. 17) der Ort als maßgeblich, an dem diese Werkleistung erbracht wird.<sup>243</sup> So liegt bei Streitigkeiten aus Verträgen über Kfz-Reparaturen der Erfüllungsort für die Durchführung der Reparatur und die Zahlung des Werklohns am Ort der Werkstatt.<sup>244</sup> Ebenso haben Bauwerkverträge über die Errichtung von Gebäuden den einheitlichen Erfüllungsort am Ort der Bauausführung,<sup>245</sup> selbst wenn es um Streitigkeiten hinsichtlich der Einräumung einer Sicherungshypothek aus § 648 BGB geht,<sup>246</sup> während ein einheitlicher Erfüllungsort für einen Werkvertrag über das Bearbeiten von Werkstücken des Bestellers im Betrieb des Unternehmers abgelehnt wird.<sup>247</sup> Vgl. „Anwaltsverträge“ und „Architektenverträge“ → Rn. 20.
- **Wohnungseigentümer.** Für Klagen betreffend die Rechte und Pflichten aus Gemeinschaftsverhältnis der Wohnungseigentümer ist nicht mehr § 29 Abs. 1 anwendbar; es gilt die ausschließliche Zuständigkeit des § 43 Nr. 2 WEG.<sup>248</sup> Gleichmaßen greift diese Vorschrift bei Klagen Dritter gegen die Wohnungseigentümer oder die Gemeinschaft, soweit sie sich auf das gemeinschaftliche Eigentum, seine Verwaltung oder das Sondereigentum beziehen.<sup>249</sup>
- 37 – **Zug-um-Zug-Leistung.** Der Erfüllungsort unterliegt grundsätzlich der gesonderten Bestimmung für die jeweilige Leistungspflicht (→ Rn. 14).<sup>250</sup> Nur wenn eine besondere Ortsbezogenheit der vertragscharakteristischen Leistung gegeben ist (→ Rn. 17), gilt diese als bestimmend für einen einheitlichen Erfüllungsort. Solches wird etwa für Werkverträge (→ Rn. 36), Behandlungs- und Beherbergungsverträge (→ Rn. 21) und Arbeitsverträge (→ Rn. 20) angenommen.
- 38 – **5. Vereinbarung des Erfüllungsortes, § 29 Abs. 2. a) Allgemeines.** Gemäß § 29 Abs. 2 sind Vereinbarungen über den Erfüllungsort nur unter beschränkten Voraussetzungen gerichtstands begründend. Damit dient die Vorschrift in Ergänzung des § 38 der Verhinderung unzulässiger Prorogationen<sup>251</sup> durch die mit bloß prozessualer Wirkung bedachte Vereinbarung eines Erfüllungsortes (vgl. → Rn. 2).
- 39 – **b) Personeller Geltungsbereich.** Nur die in § 29 Abs. 2 genannten Rechtssubjekte – Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen – können im Hinblick auf den Gerichtsstand wirksam einen Erfüllungsort vereinbaren. Die Abgrenzung des Personenkreises erfolgt dabei nach den gleichen Grundsätzen wie bei § 38 Abs. 1 (vgl. → § 38 Rn. 9 f.). Die von § 29 Abs. 2 vorausgesetzte Eigenschaft der Parteien muss im **Zeitpunkt des Abschlusses** der Vereinbarung gegeben sein. Eine **Heilung** durch nachträglichen Erwerb der erforderlichen Prorogationsbefugnis kommt nicht in Betracht.<sup>252</sup> Wenn sie dagegen später entfällt, schadet dies nicht.<sup>253</sup> Ebenso bleiben Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolger ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu den von § 29 Abs. 2 erfassten Personen an eine wirksam geschlossene Vereinbarung des Erfüllungsortes gebunden.<sup>254</sup>
- 40 – **c) Abschluss der Vereinbarung.** Dieser beurteilt sich als Rechtsgeschäft nach materiellem Recht und ist grundsätzlich formlos möglich.<sup>255</sup> Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Vertrag selbst Formerfordernissen unterliegt.<sup>256</sup> Wegen des erfassten Personenkreises (→ Rn. 39) greifen insbesondere die Regelungen über das Schweigen auf ein **kaufmännisches Bestätigungsschreiben**<sup>257</sup> oder die widerspruchsfreie Entgegennahme einer Schlussnote gemäß § 94 HGB.<sup>258</sup> Weiter kann der Erfüllungsort auch auf Grund der Verwendung von AGB vereinbart werden, wobei die Grenzen zum einen in der Inhaltskontrolle nach § 307 BGB<sup>259</sup> andererseits beim Vorliegen einer überraschenden Erfüllungsortsbestimmung iSd § 305c Abs. 1 BGB (etwa ohne jeglichen Bezug zum Vertrag im Übrigen) zu ziehen sind.<sup>260</sup> Häufig unterfallen Allgemeine Geschäftsbedingungen, die dem von § 29 Abs. 2 erfassten Personenkreis gegenüber verwendet werden, gemäß § 310 Abs. 1 BGB nicht den Regelungen über die Einbeziehung in den Vertrag (§ 305 Abs. 2, 3 BGB) und den Klauselverböten der §§ 308, 309 BGB. Zu beachten ist dabei die fehlende Deckungsgleichheit des Kaufmannbegriffs in § 29 Abs. 2 mit dem Unternehmerbegriff der §§ 14, 310 Abs. 1 S. 1 BGB.<sup>261</sup> Insoweit bedarf es dann bei der Verwendung gegenüber nicht von § 310 Abs. 1 BGB

<sup>241</sup> Bengelsdorf BB 1989, 2395; RGZ 69, 12; OLG Hamm NJW 1990, 652 (653); OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403.

<sup>242</sup> Vgl. MüKoZPO/Patzina Rn. 93.

<sup>243</sup> BayObLG 2000, 56; OLG Schleswig NJW-RR 1993, 314; 2010, 1111; OLG Celle NJW 1990, 777.

<sup>244</sup> OLG Düsseldorf MDR 1976, 496; OLG Frankfurt a. M. DB 1978, 2217.

<sup>245</sup> BGH NJW 1986, 935; 2001, 1936; BayObLG MDR 2002, 942; 2004, 273; OLG Stuttgart OLGR 2004, 362; OLG Naumburg MDR 2001, 770; OLG Schleswig MDR 2000, 1453; vgl. OLG Dresden NZBau 2010, 176; aA LG Karlsruhe MDR 1990, 1010; LG Wiesbaden BauR 1984, 88; LG Saarbrücken BauR 2000, 144.

<sup>246</sup> OLG Köln RIW 1985, 571.

<sup>247</sup> LG Krefeld NZBau 2013, 644.

<sup>248</sup> In der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes und anderer Gesetze v. 26.3.2007 (BGBl. I 370).

<sup>249</sup> Ausf. zu den Novellierungen im WEG Gottschalg NZM 2007, 194; Nidenführ NJW 2007, 1841.

<sup>250</sup> BGH NJW 1995, 1546; OLG Hamm NJW-RR 1995, 188; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Zug-um-Zug-Leistung“; aA OLG Stuttgart NJW 1982, 529.

<sup>251</sup> OLG Nürnberg NJW 1985, 1296 (1298).

<sup>252</sup> LG Trier NJW 1982, 286; MüKoZPO/Patzina Rn. 101.

<sup>253</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 40; Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 81.

<sup>254</sup> Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 81; OLG Koblenz BB 1983, 1635; OLG Köln NJW-RR 1992, 571.

<sup>255</sup> MüKoZPO/Patzina Rn. 99; Zimmermann ZPO Rn. 6; Zöller/Schultzky Rn. 28.

<sup>256</sup> BLAH/Hartmann Rn. 36; vgl. Palandt/Grüneberg § 311b Rn. 25.

<sup>257</sup> RGZ 57, 408 (410); 58, 66 (68 f.); Stein/Jonas/Roth Rn. 37; MüKoZPO/Patzina Rn. 99.

<sup>258</sup> RGZ 59, 350.

<sup>259</sup> OLG Koblenz WM 1989, 892 (894) = NJW-RR 1989, 1460 (zu § 9 AGBG).

<sup>260</sup> Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 89.

<sup>261</sup> Stein/Jonas/Roth Rn. 38; vgl. Palandt/Ellenberger § 14 Rn. 2.